



**„Bielefeld war rot und bleibt rot“
Heute vor 75 Jahren gab es wieder die ersten freien
Kommunalwahlen in Bielefeld. Die Sozialdemokraten
erhielten am 13. Oktober 1946 die absolute Mehrheit der
Stimmen – 50,2 Prozent .**

**Neue Westfälische
13. Oktober 2021**

von Joachim Wibbing



Auch die CDU verwendet das „Baumotiv“ beim Kommunalwahlkampf 1946 und warb für „ein neues, freies Deutschland“.

Die SPD verbindet in ihrem Plakat zur Kommunalwahl 1946 den realen Wiederaufbau des Landes mit dem politischen Neuaufbau.

Fotos (2): Stadtarchiv Bielefeld-Stadt

Bielefeld. Nachdem Bielefeld am 4. April 1945 von der NS-Herrschaft durch alliierte Truppen befreit worden war, galt das Hauptaugenmerk der städtischen Verwaltung – der Bereitstellung von Wohnraum, Kleidung und Nahrungsmitteln. Die Demokratisierung sollte von „unten“ – auf

kommunaler Ebene – erfolgen. Einen frühen Höhepunkt stellte dabei die erste freie Kommunalwahl nach 1932 am 13. Oktober 1946 dar. Heute genau vor 75 Jahren.

Die Vorbereitungen „Reeducation – Denacification – Democratization“ lauteten die programmatischen Losungen der Westalliierten, um die Deutschen aus den Fesseln der Diktatur zu führen. So betont es Jochen Rath vom Bielefelder Stadtarchiv. „Die Stärke der Demokratie liegt bei den Gemeinden.“ Eine Umerziehung durch freie Bildungspolitik, eine umfassende Entnazifizierung und die Anwendung demokratischer Prinzipien standen auf dem Programm. So war es logisch, dass die Bielefelder das Wählen erst wieder lernen mussten. Seit 1932 hatten keine freien und geheimen Wahlen mehr stattgefunden. Die Britische Besatzungsbehörde unterstützte die Wahlen durch Flugblätter, die über das Wann, Wen, Wie, Wer und vor allem das Warum des Wählen-Gehens informierten. Die Behörde lieferte im August 1946 eine Anleitung zur Entscheidungsfindung mit: „Sie müssen, bevor sie zur Wahl gehen, die Namen der Kandidaten und ihre politischen Absichten genau kennen, damit Sie sich entscheiden können, wem Sie ihre Stimmen geben können. Daher lesen Sie die Zeitungen, lesen Sie die Maueranschläge, hören Sie das Radio! Und – gehen Sie in die Wahlversammlungen!“

Bis zum 15. September 1945 hatte es ein Versammlungsverbot gegeben, was die Bildung von Parteien verhinderte. Die Gründungsversammlung der SPD fand am 26. Oktober 1945 in der Oetkerhalle statt. Die KPD gründete sich am 19. Dezember 1945 im „Fichtenhof“ neu. Die CDU feierte am 2. März 1946 ihre Gründung – auch in der Oetkerhalle. Die FDP, die an die Tradition der linkliberalen DDP anknüpfte, wurde am 8. April 1946 zugelassen. Die örtliche Zentrumsparterie wurde am 18. Juli 1946 durch Flüchtlinge aus den katholischen Gebieten Schlesiens neu gegründet. Während einer SPD-Wahlversammlung im Ratsgymnasium plädierte der SPD-Oberbürgermeister Artur Ladebeck (1891–1963) für die neuen politischen Grundsätze: „Demokratie kostet im allgemeinen mehr Zeit, als wenn nur einer dasitzt und diktiert. Aber gerade das ist ja die Stärke der Demokratie und außerdem ist ihr Beschluss gerechter und unbestechlicher.“ Auch die CDU betonte in dieser Phase den Wiederaufbau politischer Kultur. Bei einer Massenkundgebung der SPD Ende August 1946 legte Carl Severing (1875–1952), früherer Staatsminister, seine kommunalpolitischen Schwerpunkte auf die Bekämpfung des Hungers und der Wohnungsnot. Unmittelbar vor der Wahl trat mit dem SPD-Bundesvorsitzenden Kurt Schumacher (1895–1952) Politprominenz auf, die die anderen Parteien nicht bieten konnte. Vom

Balkon des Alten Rathauses am Niederwall schlug Schumacher harte Töne gegen die CDU als „der krassen Vertretung des Restkapitalismus“ an, mit der es keinen Kompromiss für die SPD geben könne. „Bielefeld war rot – ist rot und bleibt rot“, triumphierte die Bielefelder SPD, nachdem sie bei den Kommunalwahlen am 13. Oktober 1946 die absolute Mehrheit der Stimmen und Mandate errungen und die ersten freien Wahlen seit 1932 klar für sich entschieden hatte. Die Parteienlandschaft im neuen Stadtparlament war überschaubar: Die SPD errang mit 50,2 Prozent der Stimmen 22 der 39 Sitze im Stadtparlament. Die CDU folgte mit 39,4 Prozent (16), und der KPD gelang mit 6,0 Prozent und einem Listenmandat der Sprung in das Alte Rathaus. Drei Parteien zogen ein, eine blieb draußen: Die FDP verpasste mit 4,3 Prozent den Einzug. Am 23. Oktober 1946 tagte der neue Stadtrat erstmalig und bestätigte Artur Ladebeck sogleich im Amt des Oberbürgermeisters. Diese „Erste Ratsherrensitzung nach der Wahl“, wie sie das kommunistische „Volks-Echo“ bezeichnete, fand indes auch mit Beteiligung von Frauen statt. Viktoria Steinbiß (1891–1971) von der CDU war es auch, die umgehend in die parteipolitische Arbeit eintrat. Noch in der ersten Ratssitzung attackierte sie Ladebeck wegen vermeintlicher „Wahlkampf-führung aus der Verwaltung“ heraus. Mit der Kommunalwahl 1946 war ein erster Schritt in eine demokratische Bundesrepublik gemacht. Doch die alltägliche Not schränkte das politische Interesse sehr ein – wie einem zeitgenössischen Tätigkeitsbericht der „FDP Bielefeld-Stadt“ zu entnehmen ist: „Die Parteimüdigkeit wirkt sich in sehr starkem Maße aus. Die Bevölkerung hat verständlicherweise heute andere Sorgen, als sich um Politik und Partei zu kümmern. Im Übrigen schrumpft das Vertrauen zu der Arbeit der politischen Parteien immer mehr zusammen. Die politische Passivität ist erschreckend.“



„Wählen ist die erste Bürgerpflicht“: 14 Jahre lang gab es keine freien Kommunalwahlen mehr. 1946 konnten die Bürgerinnen und Bürger erstmals wieder frei wählen.

Foto: Stadtarchiv Bielefeld